

## Anhang a: Zeittafel

	<b>allgemein-politische Entwicklung</b>	<b>Entwicklung der Erwachsenenbildung</b>	<b>ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen</b>
1945	Mai: Ende von Krieg und Faschismus erste Gewerkschaftsgründungen	Nov.: Britische Zone: Instruktion Nr. 21: Aufforderung, Pläne zur Wiederaufnahme der Erwachsenenbildungsarbeit einzureichen Eröffnung der ersten Volkshochschulen	
1946	Febr.: 1. Niedersachsen-Konferenz der Gewerkschaften	April: 1. Volkshochschul-Tagung der britischen Zone; Verbindungsausschuß der Volkshochschulen für die britische Zone Sept.: Gründung der Heimvolkshochschule Görde	Juli: Adolf Heidorn wird Jugendsekretär der Allgemeinen Gewerkschaft Hannover Dez.: Bielefelder Treffen (Kontakte zwischen Gewerkschaften und Volkshochschulen)
1947	Jan.: Errichtung der Bizone April: Gründung des DGB, Britische Zone	Sept.: Gründung des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens	vereinzelte, lose Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Volkshochschulen
1948	April: Marshallplan verabschiedet Juni: Währungsreform	Mai: 1. Nachkriegstagung des „Hohenroder Bundes“ Okt.: Gründung der Heimvolkshochschule Hustedt	Okt.: Celle: Gründung von ARBEIT UND LEBEN
1949	Mai: Grundgesetz der BRD Okt.: Münchner DGB-Grundsatzprogramm	Okt.: Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände der deutschen Volkshochschulen“	Gründung von Filmclubs April: Konzeption des „Grundkurs“, Beginn der „Erwerbslosenkurse“
1950	Juni: Koreakrieg (bis 1953), Korea-Boom Kampf um Mitbestimmung	Jan.: Eröffnung des „Seminars für Erwachsenenbildung“ in der Görde (Borinski)	1. Sommerschule in Rüsterei (Mitarbeiterfortbildung)
1951	Mai: Verkündung des Montanmitbestimmungsgesetzes	Sept.: 1. Deutscher Volkshochschultag in Königstein/Taunus und Frankfurt/a.M.	2. Sommerschule in Kühroint zum Thema Mitbestimmung Okt.: Gründung der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft ARBEIT UND LEBEN“ in Königstein/Taunus Einrichtung von Mitbestimmungskursen

1952	Mai: Deutschlandvertrag Okt.: Betriebsverfassungsgesetz	Aufbau der Bundeszentrale für Heimatdienst, später: Bundeszentrale für politische Bildung	Mai: Haushamer Erklärung 3. Sommerschule in Hustedt: Höhepunkt der Selbstverständnisdiskussion, „Wesen und Aufgaben einer Arbeiterbildung der Gegenwart“
1953	Juni: Aufstand in Ost-Berlin und DDR	Juni: Umwandlung der „Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände...“ in „Deutscher Volkshochschulverband e.V.“ Fritz Borinski: „Der Weg zum Mitbürger“	Sept.: Auflösung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft ARBEIT UND LEBEN“ Hans Boulboullé richtet Buchstudienkreise ein
1954	Okt.: Pariser Verträge: Nato-Beitritt der BRD	Aug.: Gründung des „Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung“	ARBEIT UND LEBEN arbeitet in Niedersachsen mit 101 örtlichen Arbeitsgemeinschaften und 38 Nebenstellen
1955	Mai: Proklamation der Souveränität der BRD Dez.: „Hallstein Doktrin“	Seminar-Kurse an der Uni Göttingen (Kooperation von Erwachsenenbildung und Wissenschaft)	
1956	Jan.: Aufstellung der Bundeswehr Aug.: KPD-Verbot	Febr.: Grundsatzerklärung zur Zusammenarbeit zwischen DVV und Bundesvorstand des DGB	Febr.: Gründung des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN in Frankfurt/a. M.
1957	März: „Römische Verträge“, u.a.: Gründung der EWG Sept.: Bundestagswahl CDU/CSU gewinnt absolute Mehrheit	Nov.: Gründung der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV	Febr.: 1. Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises in Gießen: „4 Thesen zur Bildungsaufgabe der Arbeitsgemeinschaft ‘ARBEIT UND LEBEN‘“
1958	Debatte über Atombewaffnung der Bundeswehr“ Kampf dem Atomtod“		Rückgang in der Bildungsarbeit durch Verringerung der Fachkurse
1959	Nov.: Godesberger Programm der SPD	April: Deutscher Städte tag und DVV nennen „Vergütungsrichtlinien für Volkshochschulen“	Einrichtung der Politischen Arbeitskreise, verstärkte Zusammenarbeit mit Gewerkschaften
1960	Juni: Bekenntnis der SPD zur Westintegration der BRD	Jan.: Gutachten des Deutschen Ausschusses „Realistische Wende“	Jan.: 1. Winterschule von ARBEIT UND LEBEN Jan./Okt.: Zwei Schriften von Paul Steinmetz (Aktualisierung von „Wesen und Aufgaben...“ (1952))

1961	Aug.: „Mauerbau“ in Berlin		Start der „Betriebsnahen Arbeitskreise“ Dez.: Ausscheiden M. Heckenauers als Pädagogischer Leiter
1962	Kuba-Krise „Spiegel-Affäre“		Heinz Rocholl (Lehrer in Hustedt) fungiert als „Pädagogischer Berater“
1963	Nov.: Neues DGB-Grundsatzprogramm	DVV: „Stellung und Aufgabe der Volkshochschulen“	Juli: Günther Altmann übernimmt pädagogische Leitung Juli: Sommerschule in Sand in Taufers (Südtirol): politische Situation der EWG
1964	Arbeitskräftemangel trotz ausländischer Arbeitnehmer (mehr als 1 Million)	Empfehlung der KMK zur Erwachsenenbildung	Negts „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen“ zeigt Einflüsse auf ARBEIT UND LEBEN
1965	Notstandsdebatte	Gutachten „Zur Entwicklung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen“	Sept.: Satzungsänderung: „ARBEIT UND LEBEN, Landesarbeitsgemeinschaft für politische und soziale Bildung in Niedersachsen“
1966	Wirtschaftskrise Dez.: Große Koalition	Gründung des Deutschen Bildungsrates DVV: „Stellung und Aufgabe der Volkshochschule“	
1967	Febr.: „Konzertierte Aktion“ Bildung der APO	„Bochumer Plan“	Febr.: Aufteilung in Bezirksgruppen mit Pädagogischen Mitarbeitern Juli: Sommerschule in Skavsjöholm/Schweden: „Die schwedische Erwachsenenbildung“
1968	erster Höhepunkt in der Studentenbewegung Mai: Verabschiedung der Notstandsgesetze Okt.: Gründung der DKP	„Schulenberg-Plan“	Mai: Satzungsänderung: „Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e.V. - Studieneinrichtung DGB/VHS“ Okt.: Adolf Heidorn wird mit dem Großen Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens ausgezeichnet

1969	Okt.: Sozial-liberale Koalition	Juni: Arbeitsförderungs-gesetz	Sept.: Neugliederung der Bezirksgruppen Dez.: Steinmetz' Verabschie-dung als Leiter von Hustedt
1970	Einleitung der neuen Ost-politik Treffen Brandt/Stoph Moskauer Vertrag Warschauer Vertrag	Erwachsenenbildungsge-setz in Niedersachsen Strukturplan des Deut-schen Bildungsrates Aus-tritt des LVN aus dem Niedersächsischen Bund	Die Geschäftsführung, bislang von Hermann Witteborn wahrgenom-men, und die pädagogi-sche Leitung werden zu-sammengelegt (Günther Altmann)
1971	Okt./Dez.: Brandt erhält Friedensnobelpreis		Nov.: A. Heidorn gibt den Vorsitz an Wolfgang Schultze ab
1972	Jan.: „Radikalerlaß“ Novelle des Betriebsver-fassungsgesetzes tritt in Kraft April: Mißtrauensvotum gegen Willi Brandt		A. Heidorn geht in den Ruhestand
1973	Febr.: Gründung des Europäischen Gewerk-schaftsbundes Sept.: BRD wird Mitglied der Vereinten Naionen „Ölkrise“	Bund-, Länderkommission verabschiedet Bildungsge-samtplan	Günther Altmann: „Thesen zu den Grundsät-zen einer Bildungsarbeit von ARBEIT UND LEBEN“
1974	Mai: Rücktritt Brandts Helmut Schmidt wird Bundeskanzler	Dez.: Niedersächsisches Bildungsurlaubsgesetz	Dez.: Kooperationsvertrag mit Uni Oldenburg unter-zeichnet Ausweitung der Bildungsarbeit
1975	April: Kapitulation der „Republik Vietnam“ An-wachsen der Anti-AKW-Bewegung	Okt.: auf Anregung des DVV entwerfen Schülen-berg u.a. „Strukturplan Weiterbildung“	Expansion der Bildungs-urloabs-Seminare
1976	Jan: Regierungswechsel in Niedersachsen Juli: neues Mitbestim-mungsgesetz tritt in Kraft		Einrichtung von Haupt-schulabschlußkursen für arbeitslose Jugendliche
1977	Gewerkschafter nehmen nach Verfassungsbescher- de der Arbeitgeber gegen das Mitbestimmungsgesetz nicht mehr an „kon-zertierter Aktion“ teil Sept./Okt.: „Deutscher Herbst“		

1978	Febr.: Anti-Terror- Gesetz		Mai: Einrichtung des HdA-Projekts Juli: Einrichtung der Abteilung Berufliche Bildung Sept.: 1. Ausgabe der „Praxis“ „Schwerpunktthemen“ 1978/1979 werden mit dem DGB auf Bundesebene herausgegeben
1979	Bundesverfassungsgericht erklärt Mitbestimmungsgesetz von 1976 für verfassungskonform Gründung der „Grünen“ Expansion der Friedensbewegung		Dez.: neue Vereinbarung zwischen DGB Nds. und LVN
1980	Okt.: Bundestagswahlen; Strauß scheidet als Kanzlerkandidat	Beginn einer Kampagne der Arbeitgeberverbände gegen den Bildungsurlaub	Einrichtung des MBSE-Projekts und des Berufsbildungszentrums Hannover Nov.: Satzungsänderung „Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e.V. - Studieneinrichtung des DGB-Landesbezirks Niedersachsen“ Nov.: W. Schultze wird als 1. Vorsitzender von Karl Neumann abgelöst
1981	Okt.: Große Friedensdemonstrationen Nov.: Auseinandersetzungen um die Startbahn-West	(seit 1981:) begrenztes Wachstum der Erwachsenenbildung („Deckelung“)	erste Realschulabschlusskurse für arbeitslose Jugendliche
1982	Febr.: Skandal um die „Neue Heimat“ Mai: Ernst Breit löst Oskar Vetter als DGB-Vorsitzenden ab Okt.: Bonner „Wende“		Nov.: Gründung des Berufsbildungszentrums Göttingen
1983	März: Bundestagswahl: Bestätigung der „Wende“-Regierung, Grüne im Bundestag, Proteste gegen atomare Nachrüstung (Friedensbewegung)		Gründung der Ausbildungswerkstatt Braunschweig „Grabe, wo Du stehst“-Projekte

1984	März: Vorruhestandsge- setz verabschiedet Okt.: Durchbruch zur 35- Stunden-Woche (Stahlin- dustrie)	Jan: Neufassung des Erwachsenenbildungsge- setzes Kürzung der Förderung der pol. Bildung von 100 % auf 70 %	Juni: Fred Bake löst Karl Neumann als 1. Vorsitzen- den ab Aktionen zur Erhaltung des Bildungsurlaubs
1985	Proteste gegen § 116 AFG (Einengung des Streik- rechts) April: 38,5-Stunden- Woche in der Druck- und Metallindustrie	Jan: Niedersächsisches Freistellungsgesetz (NFG) löst das Bildungsurlaubs- gesetz ab Juni: Wolfgang Schulen- berg gestorben	NFG bewirkt Bürokratisie- rung durch Einzelanerken- nung der Bildungsurlaubs- seminare
1986	April: Katastrophe in Tschernobyl		Febr.: Jürgen Weißbach wird 1. Vorsitzender
1987	Bundestagswahlen „Kieler Affäre“		Juni: Sommerschule in Malente: „Arbeit und Umwelt“
1988	Sommer: Folge der ökologischen Krise: Rob- bensterben in der Nordsee Sept.: „Spielbank-Affäre“ in Niedersachsen	Fritz Borinski gestorben	Juni: Sommerschule Springen: „Geschichte in und Perspektiven der Ar- beiterbildung“
1989	Neues Reiserecht in der DDR, Öffnung des Bran- denburger Tores für Fuß- gänger	Enquet-Kommission Zukünftige Bildungspoli- tik legt Zwischenbericht vor	Günther Altmann scheidet als päd. Leiter aus, Bernd Rebens übernimmt diese Funktion
1990	In Niedersachsen löst Ger- hard Schröder (SPD) Ernst Albrecht (CDU) als Mini- sterpräsident ab, Deutsche Einheit wird besiegelt durch Einigungs- vertrag Volkskammer der DDR beschließt Beitritt zur Bundesrepublik 1. Gesamtdeutsche Wahl	Erste gemeinsame Arbeits- tagungen von EB-Einrich- tungen aus beiden Teilen Deutschlands Abschlußbericht der Enquet-Kommission „Zukünftige Bildungspoli- tik“ wird vorgelegt	Erste Kontakte von ARBEIT UND LEBEN Nds. nach Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen, erste Geschäftsstellen werden dort eröffnet, Sommerschule in Bernau
1991	Bürgerkrieg in Jugosla- wien bricht aus Helmut Kohl als Kanzler wiedergewählt Warschauer Pakt löst sich auf	Sachsen-Anhalt erläßt „Richtlinien zur ... Förde- rung der Erwachsenenbil- dung im Land Sachsen- Anhalt“	ARBEIT UND LEBEN Nds. baut Organisation in Sachsen-Anhalt aus
1992	Rechtsradikale machen Bun- desrepublik zum Schauplatz von Gewalt Groß- Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit,	Landtag von Sachsen- Anhalt beschließt Gesetz zur Förderung der Erwach- senenbildung Paul Steinmetz gestorben	Jürgen Weißbach scheidet als Vorsitzender aus, Heinz-Hermann Witte übernimmt Vorsitz Organisationsreform bei ARBEIT UND LEBEN Nds.

	Vertrag von Maastricht wird unterzeichnet		Regionalleiter werden eingesetzt BAK legt Positionspapier zur Integration von politischer und kultureller Bildung vor
1993	EG-Binnenmarkt beginnt, Engholm tritt als SPD-Vorsitzender zurück Neues Asylrecht Friedens-Nobelpreis an Nelson Mandela	10. Novelle zum AFG	Bernd Rebens scheidet als päd. Leiter aus und wechselt zum Landesverband der Nds. VHS, Carl-Bertil Schwabe wird päd. Leiter von AuL
1994	SPD erringt in Nds. bei Landtagswahl absolute Mehrheit, Bundestag beschließt Privatisierung der Post Bundestagswahl: Kohl wird wiedergewählt	Qualitätsdiskussion erreicht die Erwachsenenbildung, CERTQUA wird für die berufl. Bildung gegründet Hans Alfken gestorben	Landeskonferenz zur Zukunft des Erwachsenenbildung
1995	Boykottwelle gegen Shell-Tankstellen wegen Brent Spar IG Metall Vors. Zwickel schlägt „Bündnis für Arbeit“ vor, Oskar Lafontaine wird zum SPD-Vorsitzenden gewählt	Hearing der SPD-Landtags-Fraktion zur Novellierung des Nds. Erwachsenenbildungsgesetzes	
1996	Sparpaket der Bundesregierung, steigende Arbeitslosenzahl Streit um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall Größte Gewerkschaftsdemonstration in der Nachkriegsgeschichte mit über 350.000 gegen die Sparpläne der Bundesregierung	Neues Niedersächsisches EBG wird beschlossen Europäisches Jahr für lebensbegleitendes Lernen	
1997	Aussöhnung Prag-Bonn Rinderseuche BSE Höchster Arbeitslosenstand seit Kriegsende Machtwechsel in England nach 18 Jahren Hochwasser an der Oder	Neues Erwachsenenbildungsgesetz tritt in Kraft, Bundestag beschließt SGB III Hans Beutz gestorben	ARBEIT UND LEBEN führt Qualitätssicherung durch
1998	In Nds. wird Gerhard Schröder erneut zum Ministerpräsidenten gewählt Gerhard Schröder wird von der SPD zum Kanzlerkandidaten benannt	Günter Altmann gestorben SGB III löst AFG ab	